

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		
28 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Gewässerverrohrung B-Plan Nr. 168 Am Papenbruch Bramsche)	185	
29 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	186	
30 Verordnung vom 09.03.2020 über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Hase vom Mittellandkanal bis Quakenbrück	186	
31 Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße B51 im Bereich der Gemeinde Belm, zur Kreisstraße 351	187	
32 Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BIm-SchG) Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach	188	
Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG	188	
33 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	188	
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		
116 Bekanntmachung der Innenbereichssatzung „Dorfgebiet Hollenstede“ gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB -Klarstellungssatzung- der Stadt Fürstenau	189	
117 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 11 G „Bürgerpark“, 2. Änderung der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB		190
118 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Sondergebiet IGS“, 6. Änderung der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB		190
119 Haushaltssatzung der Stadt Fürstenau für das Haushaltsjahr 2020		191
120 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 66 „Erweiterung Schulzentrum Ostercappeln“ der Gemeinde Ostercappeln		192
121 Satzung über die Teilnahme an der Mittagsverpflegung und Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Schulen in Trägerschaft der Samtgemeinde Fürstenau		193
122 Haushaltssatzung der Samtgemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020		194
123 Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche vom 26.03.2020		195
124 Haushaltssatzung der Stadt Dissen am Teutoburger Wald für das Haushaltsjahr 2020		196
125 Haushaltssatzung der Stadt Bad Iburg für das Haushaltsjahr 2020		198
126 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 65 „Bergfrieden“ der Gemeinde Ostercappeln		199

A. Bekanntmachungen des Landkreises

28

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Gewässerverrohrung B-Plan Nr. 168 Am Papenbruch Bramsche)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Es wurde die Verrohrung eines Straßenseitengrabens im Zuge der Aufstellung des B-Planes Nr. 168 Am Papenbruch in Bramsche beantragt.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Auswirkungen auf Baudenkmale sind nicht zu befürchten. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Relevante Abfälle fallen durch das Vorhaben nicht an. Risiken von Störfällen und Unfällen sowie Risiken für die menschliche Gesundheit sind nicht zu erwarten.

Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Die Betankung der Baumaschinen und Baufahrzeuge erfolgt ausschließlich auf versiegelten Flächen, so dass eine Verun-

reinigung von Wasser und Boden vermieden wird. Erhebliche Umweltverschmutzungen oder Belästigungen sind daher für das Schutzgut Mensch nicht zu erwarten.

Die zu versiegelnde Fläche wird auf ein Mindestmaß begrenzt. Im Ober- und Unterlauf des Grabens bleibt das Gewässer unverrohrt. Insgesamt sind daher keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu erwarten.

Die hydraulische Belastung des Straßenseitengrabens wird durch Vorschaltung eines Stauraumkanals minimiert. Die Betankung der Baumaschinen und Baufahrzeuge erfolgt ausschließlich auf versiegelten Flächen, so dass eine Verunreinigung von Wasser und Boden vermieden wird. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind unerheblich.

Die Neuversiegelung von weniger als 500 qm ist vergleichsweise kleinräumig und auf das Mindestmaß begrenzt worden. Der Boden ist im betroffenen Bereich stark vorbelastet. Insgesamt sind daher keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

Im Rahmen des Vorhabens müssen Gehölze auf einer Länge von ca. 86 m entfernt werden. Im Vorhabensbereich befinden sich keine besonders geschützten Arten. Besonders geschützte Gebiete liegen ebenfalls nicht vor. Durch eine Bauzeitenregelung werden artenschutzrechtliche Verbotstatbestände vermieden. Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere/Pflanzen/biologische Vielfalt denkbar.

Durch Anpflanzung neuer Gehölze wird der Charakter des Landschaftsbildes nicht wesentlich verändert. Der Vorhabensbereich liegt in Ortsrandlage, so dass ein weiteres Wohngebiet keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild hat. Die Verrohrung des Gewässers hat keine relevanten Auswirkungen, so dass insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft zu erwarten sind.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 02.04.2020

Landkreis Osnabrück

Fachdienst Umwelt

Die Landrätin

i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

29

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 12.12.2019 (BGBl. I S. 2513) geprüft.

Aktenzeichen:	11-wal-04274-19
Antragsteller:	Ernst Linnemann
Baugrundstück:	Wallenhorst, Dörper Damm 8a
Gemarkung:	Rulle
Flur:	7
Flurstück(e):	7/1 323/7

Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG

Neubau eines Güllehochbehälters mit Kunststoffdach

Geplant ist der Neubau eines Güllehochbehälters mit Kunststoffdach mit einem Fassungsvermögen von 1.200 m³ in der Gemeinde Wallenhorst, Gemarkung Rulle, Flur 7, Flurstücke 7/1 und 323/7.

Auf dem Betrieb sind 238 Sauenplätze (niedertragend, leer), 88 Sauenplätze (ferkelführend), 20 Jungsauenplätze, 892 Ferkelaufzuchtplätze und 768 Mastschweineplätze genehmigt. Daher ist gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG für die Änderung des Vorhabens eine standortbezogene UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützten Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleen, nach § 29 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder be-

stimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Ebenso sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG sowie gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG zu erwarten.

Das Vorhaben befindet sich innerhalb des Landschaftsschutzgebiet „Naturpark nördlicher Teutoburger Wald-Wiehengebirge“ und besitzt laut Landschaftsrahmenplan des Landkreises Osnabrück von 1993 die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet. Da es sich bei dem Vorhaben um die Errichtung eines 5 m hohen Güllehochbehälters handelt, sind grds. Auswirkungen auf das Landschaftsbild denkbar. Durch die geplanten Eingrünungsmaßnahmen direkt um den Behälter und die Errichtung direkt in Hofnähe sind aber keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild zu erwarten.

In ca. 140 m und 360 m Entfernung befinden sich Gewässer, bei denen es sich um Biotope handelt (Naturnah. Abbau-Gewässer (353), Nährstoffreiche Nasswiese (341)). Durch das Vorhaben werden diese Biotope allerdings nicht beeinträchtigt.

Es sind insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 30.04.2020

Landkreis Osnabrück

Die Landrätin

Fachdienst Planen und Bauen

i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

30

**Verordnung
vom 09.03.2020 über die Festsetzung
des Überschwemmungsgebietes der Hase
vom Mittellandkanal bis Quakenbrück**

Aufgrund § 76 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 04.12.2018 (BGBl. I S. 2254) in Verbindung mit § 115 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 64), zuletzt geändert durch Art. 3 § 19 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) wird verordnet:

**§ 1
Überschwemmungsgebiet**

- (1) Zur Sicherung des schadlosen Hochwasserabflusses wird für das natürlich fließende Gewässer Hase das Überschwemmungsgebiet nach Maßgabe des Absatzes 2 festgesetzt.
- (2) Die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes der Hase beginnt am Mittellandkanal (Station 119 + 700) und endet an der Sohlengleite Schützenhof Quakenbrück (Sta-

tion 79 + 150). Die genaue Abgrenzung des durch diese Verordnung festgesetzten Überschwemmungsgebietes ist in der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:40.000 und in Lageplänen im Maßstab 1:5.000 (Blätter 1-9) dargestellt. Die Übersichtskarte sowie die Lagepläne sind Bestandteil dieser Verordnung.

(3) Die Veröffentlichung der Lagepläne im Maßstab 1:5.000 wird dadurch ersetzt, dass Ausfertigungen von ihnen bei folgenden Behörden während der Dienststunden von jedermann kostenlos eingesehen werden können:

- Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück
- Samtgemeinde Bersenbrück, Lindenstraße 2, 49593 Bersenbrück
- Gemeinde Alfhausen, Bremer Tor 8, 49594 Alfhausen
- Stadt Bersenbrück, Markt 6, 49593 Bersenbrück
- Stadt Bramsche, Hasestraße 11, 49565 Bramsche
- Gemeinde Rieste, Bahnhofstraße 23, 49597 Rieste
- Gemeinde Gehrde, Lange Straße 49, 49596 Gehrde
- Gemeinde Badbergen, Am Markt 3, 49635 Badbergen
- Stadt Quakenbrück, Markt 1, 49610 Quakenbrück
- Samtgemeinde Artland, Markt 1, 49610 Quakenbrück

§ 2

Verbote, Genehmigungspflicht

Verbote und Genehmigungspflichten für Handlungen oder Maßnahmen im festgesetzten Überschwemmungsgebiet richten sich nach den Vorschriften der §§ 78, 78 a und 78 c WHG in Verbindung mit § 116 NWG in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3

Ausnahmen

Von dem Genehmigungserfordernis der §§ 78 und 78 a WHG werden ausgenommen:

1. die Verlegung unterirdischer Leitungen, wenn das Gelände innerhalb eines Monats nach Beginn der Verlegearbeiten in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird;
2. die Errichtung von Weidezäunen, selbsttätigen Viehtränken und einstämmigen Freileitungsmasten.
3. Dachausbauten, sowie das Aufstocken von Gebäuden, wenn die Grundfläche nicht verändert wird.

§ 4

Betreiberpflichten

Öffentliche Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben und daher gegen das Eindringen von Oberflächenwasser bei Hochwasser zu sichern.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten richtet sich nach § 103 Abs. 1 Nr. 7, 10, 16, 17, 18 und 19, Abs. 2 WHG.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung der Bezirksregierung Weser-Ems vom 14.12.2004 zum Überschwemmungsgebiet der Hase vom Düker am Mittellandkanal (Fluss-km 117+140) bis zum Überfallwehr Quakenbrück (Fluss-km 79+200) und der Tiefen Hase vom Verteilerbauwerk (Fluss-km 13+450) bis zur Mündung in die Hase (Fluss-km 0+000) außer Kraft, soweit sie sich innerhalb der Betrachtungsgrenzen befindet. Außerdem treten die Verordnungen zum Überschwemmungsgebiet des Bühnerbaches, Seester Bruchgrabens und Nierenbruchgrabens vom 27.02.2012 und zum Überschwemmungsgebiet des Möllenwiesenbaches, Heller Binnenbaches und Vogelweddenbaches vom 08.03.1911 außer Kraft, soweit sie sich innerhalb der Betrachtungsgrenzen befinden.

Osnabrück, 24.03.2020

Landkreis Osnabrück

Die Landrätin
Anna Kebschull

Karte liegt bei.

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

31

Bekanntmachung

Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße B51 im Bereich der Gemeinde Belm, zur Kreisstraße 351

- I. Die auf dem Gebiet der Gemeinde Belm, im Landkreis Osnabrück, gelegene Teilstrecke der Bundesstraße 51 wird mit Wirkung vom 01.01.2020 zur Kreisstraße 351 abgestuft (§ 7 NStrG). Ein Übersichtsplan ist der Anlage beigelegt:

die Strecke von

- a) NK 3714063 nach NK 3614050 Abschnitt 10
Station 0 bis Station 208
- b) NK 3614050 nach NK 3614080 Abschnitt 20
Station 0 bis Station 1109
- c) NK 3614080 nach NK 36140100 Abschnitt 30
Station 0 bis Station 779
- d) NK 36140100 nach NK 36140120 Abschnitt 40
Station 0 bis Station 1977

mit einer Gesamtlänge von 4073 m.

die Anschlussäste von

- a) NK3614050
A-B: 54 m
- b) NK3614080
A-B: 82 m C-D: 58 m
- c) NK3614100
A-B: 129 m C-D: 85 m

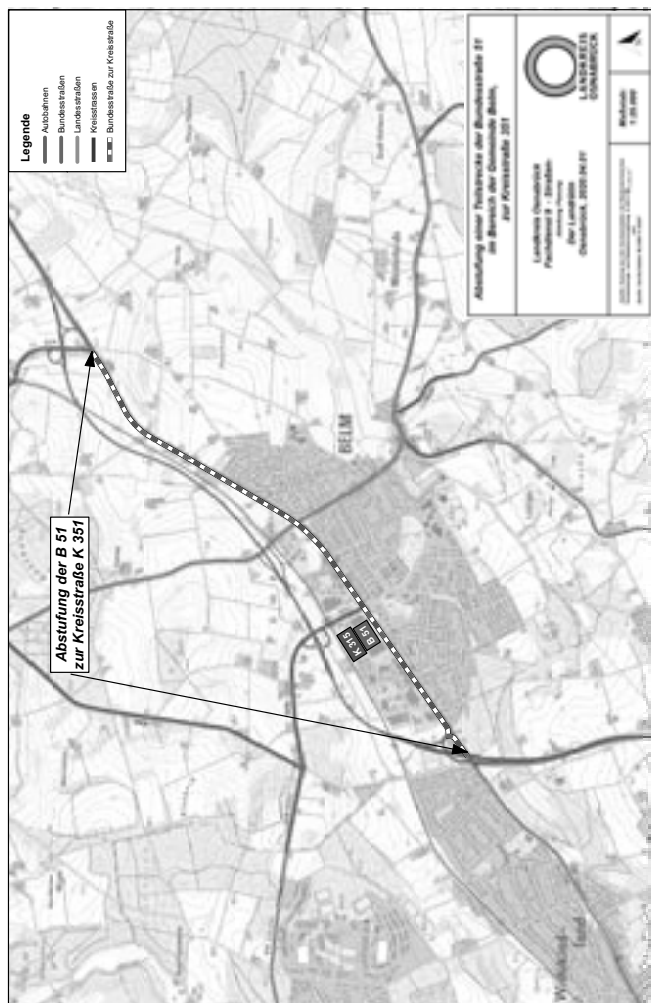
- II. Neuer Träger der Straßenbaulast ist der Landkreis Osnabrück.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden.

Osnabrück, den 01.04.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
i. V. Dr. Winfried Wilkens
Kreisrat



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

(Maßstab verkleinert)

32

Öffentliche Bekanntmachung Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG

Die Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach.

Das Vorhaben soll an folgenden Standorten errichtet werden:

Gemeinde Neuenkirchen, Gemarkung Lintern, Flur 5, Flurstück

cke 73/1 und 94 sowie Gemarkung Vinte, Flur 10, Flurstücke 12 und 20.

Dieses Vorhaben wurde am 15.02.2020 in den örtlichen Tageszeitungen (Bramscher Nachrichten, Bersenbrücker Kreisblatt), dem Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück sowie gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) im Internet auf der Homepage des Landkreises Osnabrück (www.landkreis-osnabrueck.de) und gem. § 20 UVPG im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>) öffentlich bekanntgemacht.

Der Erörterungstermin wurde für den 11.05.2020 angesetzt, um die rechtzeitig eingegangenen Einwendungen zu erörtern.

Aufgrund der aktuellen Lage der Corona Pandemie wird der Erörterungstermin am 11.05.2020 abgesagt.

Die öffentliche Auslegung, die Einwendungsfrist sowie der Erörterungstermin werden nachgeholt. Die entsprechenden Daten dazu werden rechtzeitig erneut in den o.g. Medien öffentlich bekanntgemacht.

Die bereits eingegangenen Einwendungen behalten ihren Bestand und werden zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigt.

Osnabrück, den 30.04.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

33

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, geprüft:

In der Stadt Melle ist die Gewässerverrohrung eines Nebenarmes der Hunte auf einer Länge von ca. 10 m beantragt worden. Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich.

Es sind keine Umweltauswirkungen erkennbar. Das Gewässer ist im Vorhabensbereich bereits auf ca. 120 m verrohrt und verläuft auf dem Betriebsgelände. Eine relevante Verschlechterung des Gewässers durch das Zusammenwirken mit dem Vorhaben ist nicht zu befürchten. Das Grundwasser ist nicht betroffen.

Die zusätzlich versiegelte Fläche von ca. 75 m² liegt im Einzugsbereich des Gewässers und die Flächengröße ist so geringfügig, dass negative Auswirkungen weder auf das Schutzgut Fläche noch auf das Schutzgut Boden zu besorgen sind. Durch das Vorhaben ist ein naturferner, sehr kurzer Abschnitt eines Nebenarmes der Hunte betroffen. Die Bauarbeiten finden außerhalb der Brut- und Jungvogelzeit statt, so dass ins-

gesamt keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten sind.

Durch das Vorhaben fallen keine Abfälle oder Emissionen an. Es sind keine Risiken für die menschliche Gesundheit oder in Folge von Störfällen, Unfällen oder Katastrophen zu erwarten. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Die visuelle Wirkung der Landschaft wird sich durch das Vorhaben nicht verändern.

Am Standort befindet sich ein denkmalgeschütztes Mühlengebäude, denkmalpflegerische Aspekte werden durch die Verrohrung jedoch nicht negativ berührt.

Die Vorhabenfläche liegt im Überschwemmungsgebiet Oberlauf Hunte. Der Abflussquerschnitt wird nicht verengt, so dass kein hydraulisches Hindernis zu erwarten ist. Die Schutzziele des Überschwemmungsgebietes werden daher nicht negativ beeinflusst.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 16.04.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. L. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

116

**Bekanntmachung
der Innenbereichssatzung „Dorfgebiet Hollenstede“
gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB-Klarstellungssatzung-
der Stadt Fürstenau**

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 17.03.2020 die Innenbereichssatzung „Dorfgebiet Hollenstede“, bestehend aus der Planzeichnung nebst Begründung als Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Ortslage von Hollenstede, umfasst bebaute Bereiche der Bauerschaft entlang der Kreisstraße 114 „Dorfstraße“ und weist eine Größe von ca. 4,86 ha auf.

Die Stadt Fürstenau beabsichtigt, mittels städtebaulicher Satzung die Grenzen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile festzulegen (Klarstellungssatzung) und hierdurch für künftige Baugenehmigungsverfahren Streitigkeiten über die Zulässigkeit eines Baugrundstücks zum Innen- oder Außenbereich auszuschließen.

Das Plangebiet befindet sich in der Gemarkung Hollenstede und umfasst folgende Flurstücke:

Gemarkung Hollenstede, Flur 18, Flurstücke 1/3 (tlw.), 2/5 (tlw.), 2/6 (tlw.), 2/7 (tlw.), 3, 4 (tlw.), 5, 6/1, 6/4, 6/6, 6/8, 6/9, 7, 59/2 (tlw.), 84/1, 92 (tlw.), 97 (tlw.), 98/2, 98/3, 98/4, 99/1, 99/2, 101, 102.

Gemarkung Hollenstede, Flur 19, Flurstücke 42/1 (tlw.), 49/5 (tlw.), 49/7, 72/1, 74 (tlw.), 75/3 (tlw.), 76, 77 (tlw.), 78, 79/1 (tlw.), 79/2 (tlw.) 80, 84/2 (tlw.).

Geltungsbereich der Innenbereichssatzung „Dorfgebiet Hollenstede“ (unmaßstäblich):



Die Innenbereichssatzung einschließlich Begründung kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Gemäß § 34 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 10 Abs. 3 BauGB tritt die Satzung mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung dieser Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch die Satzung eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Stadt Fürstenau
Der Stadtdirektor
Trütken

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

117

**Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 11 G „Bürgerpark“,
2. Änderung der Stadt Fürstenau
gem. § 10 BauGB**

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 17.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 11 G „Bürgerpark“, 2. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung nebst Begründung, Artenschutzrechtliche Potenzialanalyse/Relevanzprüfung und Schalltechnische Untersuchung als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Im Rahmen des Sanierungsgebietes Fürstenau „Attraktive Innenstadt“ wurde Planungsrecht für die Umgestaltung des Parkplatzes Pferdemarkt geschaffen, da insbesondere die bestehende Verkehrs- und Parksituation aufgrund der nicht eindeutigen, problematischen Zufahrtsregelung von der Burgstraße über den Pferdemarkt zum Schloss defizitär ist. Insbesondere fehlt die Hervorhebung der Zuwegung zum Schloss. Es wurden vor allem die Belange des Personenverkehrs und der Mobilität der Bevölkerung berücksichtigt.

Der Bebauungsplan Nr. 11 G, 2. Änderung wurde im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt, da es sich bei der Planung insbesondere um die Nutzungsänderung bzw. Umgestaltung eines vorhandenen Parkplatzes im Siedlungsbereich handelt. Es ist damit als Maßnahme der Innenentwicklung im Sinne des § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB zu qualifizieren. Ferner wird die Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens weder vorbereitet noch begründet. Außerdem sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten und es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes. Für Bebauungspläne der Innenentwicklung besteht bei einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm keine Pflicht zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft.

Das Plangebiet befindet sich im zentralen Stadtgebiet Fürstenaus in der Gemarkung Fürstenau, Flur 10, südöstlich des Schlosses an der Burgstraße und am Schlossplatz.

Das Plangebiet besteht aus den Flurstücken 54/4, 132/36, 251/23 (tlw.), 132/35 (tlw.), 54/3 (tlw.) sowie 416/21 (tlw.) und umfasst eine Größe von ca. 2.380 qm.

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 G, 2. Änderung (unmaßstäblich)



Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Fürstenau, den 01.04.2020

Stadt Fürstenau
Der Stadtdirektor
Trütken

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

118

**Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 19 „Sondergebiet IGS“, 6.
Änderung der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB**

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 17.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 19 „Sondergebiet IGS“, 6. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung nebst Begründung und Schallimmissionsprognose als Satzung gem. § 10

BauGB beschlossen.

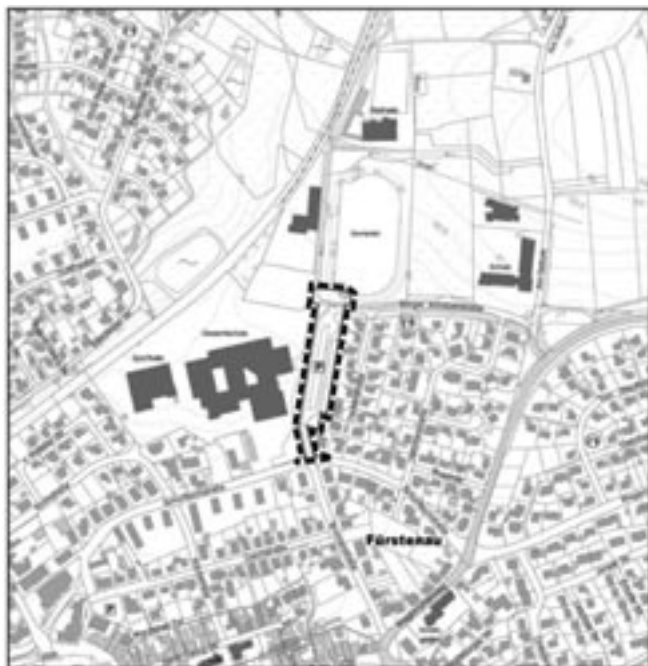
Aufgrund des heutigen baulichen Zustandes wurde unter Berücksichtigung der Sicherheit und Barrierefreiheit, Planungsrecht für den Umbau der Haltestelle „Fürstenau, Schulzentrum“ mit zukünftig insgesamt voraussichtlich zehn Haltestellenpositionen und zusätzlich zwei Bushaldebuchten im Einmündungsbereich des Busbahnhofes an der Schorfteichstraße geschaffen.

Der Bebauungsplan Nr. 19, 6. Änderung wurde im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt, da es sich bei der Planung insbesondere um die Nutzungsänderung bzw. den Umbau eines vorhandenen Busbahnhofes mit Stellplätzen im Innenbereich handelt. Es ist damit als Maßnahme der Innenentwicklung im Sinne des § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB zu qualifizieren. Ferner wird die Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens weder vorbereitet noch begründet. Außerdem sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten und es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes. Für Bebauungspläne der Innenentwicklung besteht bei einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm keine Pflicht zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft.

Das Plangebiet befindet sich im nördlichen Stadtgebiet Fürstenaus in der Gemarkung Fürstenau, Flur 7 und 8, zwischen der Integrierten Gesamtschule (IGS) im Westen und dem Wohngebiet an der Nelkenstraße im Osten nördlich der Schorfteichstraße.

Das Plangebiet besteht aus den Flurstücken 72/6, 72/29, 202/6, 202/7 (tlw.) und 66/15 (tlw.) der Flur 7 sowie dem Flurstück 52/13 (tlw.) der Flur 8. Es umfasst eine Größe von ca. 7.770 qm.

Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 19, 6. Änderung (unmaßstäblich):



Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Fürstenau, den 01.04.2020

(Siegel)

Stadt Fürstenau
Der Stadtdirektor
Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

119

Haushaltssatzung der Stadt Fürstenau für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Fürstenau in seiner Sitzung am 17.03.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1 der ordentlichen Erträge auf	9.294.300 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	9.170.000 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5 Jahresergebnis	124.300 €
2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	8.789.600 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	9.836.100 €

2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 649.400 €
 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 2.154.200 €
 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf 0 €
 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf 73.800 €

2.7 Finanzierungsmittelbestand -2.625.100 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

- Gesamtbetrag der
 Einzahlungen des Finanzhaushaltes 9.439.000 €
 - Gesamtbetrag der
 Auszahlungen des Finanzhaushaltes 12.064.100 €

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 3.590.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.400.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
 (Grundsteuer A) 360 v.H.
 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v.H.

2. Gewerbesteuer 360 v.H.

§ 6

Über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 500.000 € festgelegt

Fürstenau, den 02.04.2020

Stadt Fürstenau

Nestroy
 Bürgermeisterin

Trütken
 Stadtdirektor

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich. Der Landkreis Osnabrück - Kommunalaufsicht – hat mit Verfügung vom 02. April 2020, Aktenzeichen 11.3 Re, von der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan Kenntnis genommen.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 04. Mai 2020 bis 12. Mai 2020 nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Fürstenau, Schloßplatz 1, Zimmer 33, 49584 Fürstenau, öffentlich aus.

Fürstenau, den 06. April 2020

Stadt Fürstenau

Der Stadtdirektor
 Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

120

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 66 „Erweiterung Schulzentrum Ostercappeln“ der Gemeinde Ostercappeln

Der Rat der Gemeinde Ostercappeln hat in seiner Sitzung am 24. März 2020 den Bebauungsplan Nr. 66 „Erweiterung Schulzentrum Ostercappeln“ gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des oben angegebenen Bebauungsplanes ist in der Planskizze, die Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 66 „Erweiterung Schulzentrum Ostercappeln“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht inklusive des Artenschutzbeitrages, dem Fachbeitrag Artenschutz Fledermäuse und der Erfassung des Brutvogelbestandes, gemäß § 10 Absatz 3 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 66 „Erweiterung Schulzentrum Ostercappeln“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht inklusive des Artenschutzbeitrages, dem Fachbeitrag Artenschutz Fledermäuse und der Erfassung des Brutvogelbestandes, liegt gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ab sofort im Rathaus der Gemeinde Ostercappeln, Zimmer 20, Gildebrede 1, 49179 Ostercappeln, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

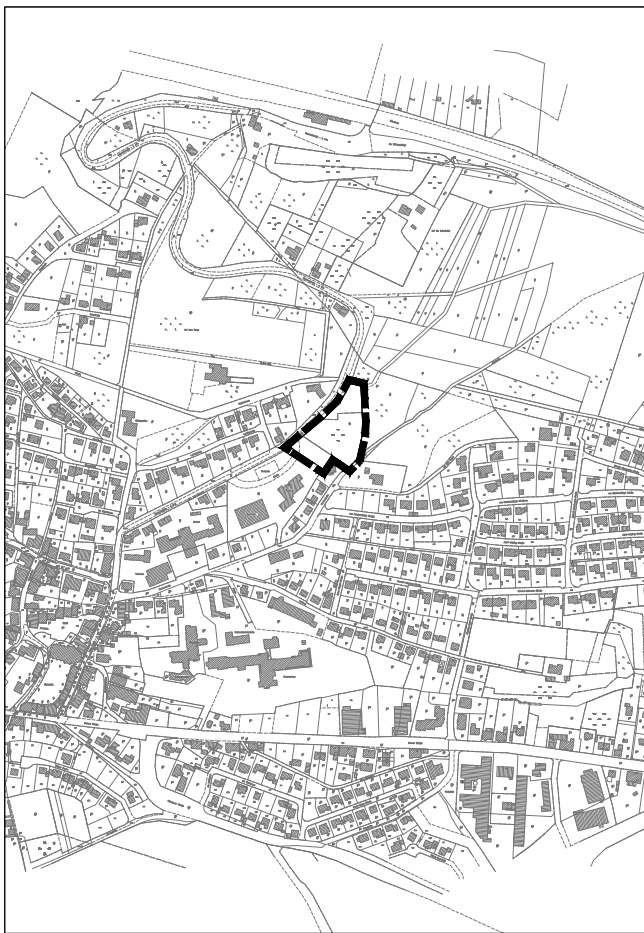
Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Absatz 1 BauGB eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Ab-

satz 2 BauGB beachtliche Verletzung über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwärgungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Ostercappeln unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Ostercappeln, den 06. April 2020

Gemeinde Ostercappeln
Der Bürgermeister
Rainer Ellermann



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

121

Satzung
über die Teilnahme an der Mittagsverpflegung
und Erhebung von Gebühren
für die Mittagsverpflegung an den Schulen
in Trägerschaft der Samtgemeinde Fürstenau

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und der §§ 1,2 und

5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) sowie der §§ 1, 101 und 102 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung vom 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2019 (Nds. GVBl. S. 430) hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in seiner Sitzung am 26.03.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Mittagsverpflegung an Schulen

- (1) Schülerinnen und Schüler der Schulen der Samtgemeinde Fürstenau haben die Möglichkeit, an der Mittagsverpflegung teilzunehmen.
- (2) Für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung erhebt die Samtgemeinde Fürstenau Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2
Teilnahme an der Mittagsverpflegung

- (1) Für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung ist eine vorherige Anmeldung der/des Erziehungsberechtigten erforderlich. Die Anmeldung erfolgt entweder über das EDV gestützte Chip-System oder schriftlich bei der Schule, zusammen mit der Erteilung einer SEPA-Lastschrift.
- (2) Die Anmeldung erfolgt entweder für alle möglichen Essenstage einer Woche (ABO-Essen) oder für einzelne, frei wählbare Tage.
- (3) Eine Abmeldung vom ABO-Essen ist frühestens zum 01. des auf die Abmeldung folgenden Kalendermonats möglich.

§ 3
Gebühren

- (1) Für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung wird eine Gebühr erhoben.
- (2) Gebührenschuldner ist der bzw. sind die Erziehungsberechtigten, die die Schülerin bzw. den Schüler für die Mittagsverpflegung angemeldet haben.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 4
Gebührensatz, Gebührenhöhe

- (1) Folgende Gebühren werden für Schülerinnen und Schüler erhoben:

- | | |
|---|-----------------|
| a) <u>Essen im ABO</u> | |
| 1. Kind (einer Familie) | 2,75 € je Essen |
| 2. Kind (einer Familie) | 2,50 € je Essen |
| 3. Kind (einer Familie) | 2,00 € je Essen |
| b) <u>Tagesessen</u> | 3,00 € je Essen |
| c) <u>Lehrerinnen, Lehrer und andere Personen</u> | 4,00 € je Essen |

- (2) Von Erziehungsberechtigten, die Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in Form der Teilnahme des Kindes an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung haben und hierfür einen Bildungsgutschein vorlegen, wird keine Gebühr erhoben.

§ 5 Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, wenn eine Schülerin bzw. ein Schüler Essen für den Tag bestellt hat, an der Mittagsverpflegung teilgenommen hat oder nicht von der Mittagsverpflegung für diesen Tag abgemeldet wurde
- (2) Die Gebühr wird entweder vom Guthabenkonto abgezogen (beim EDV gestützten Chip-System) oder vom Konto der Eltern abgebucht.
- (3) Lehrerinnen, Lehrer und andere Personen entrichten die Gebühr entweder bei der Essensausgabe direkt oder im Schulsekretariat.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.08.2020 in Kraft.

Fürstenau, den 26.03.2020

Samtgemeinde Fürstenau
Der Samtgemeindebürgermeister
(Siegel) Benno Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

122

Haushaltssatzung der Samtgemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen in seiner Sitzung am 09.03.2020 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	8.224.000 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	8.125.900 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5	Jahresergebnis	+98.100 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	8.020.200 €
-----	---	-------------

2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	7.483.200 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionen auf	1.295.700 €
	der Auszahlungen für Investitionen auf	5.930.200 €
2.4	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	4.485.500 €
2.5	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	388.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	13.801.400 €
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	13.801.400 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 4.485.500 €.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 320.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf 1.336.700 €.

§ 5

Der Hebesatz für die Samtgemeindeumlage wird auf 43,5 v.H. der Bemessungsgrundlage der Kreisumlage festgesetzt. Der Umlagebetrag wird gem. § 111 Abs. 3 NKomVG unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kreisumlage von den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde erhoben.

§ 6

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10 v. H. des jeweiligen Haushaltsansatzes, höchstens aber 2.000 € bei dem jeweiligen Haushaltsansatz nicht übersteigen. Bei den außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen beträgt der Höchstbetrag 2.000 €.

Neuenkirchen, den 09.03.2020

Samtgemeinde Neuenkirchen
(Siegel) Hildegard Schwertmann-Nicolay
Samtgemeindebürgermeisterin

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung der Samtgemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gemäß § 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie §§ 111 NKomVG in Verbindung mit 15 Abs. 6 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG) erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung hat der Landkreis Osnabrück, Kommunalaufsicht, 49015 Osnabrück, mit Verfügung vom 09.04.2020, Az.: 11.3 Re, erteilt.

Der Haushaltsplan 2020 liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 04. bis einschließlich 13. Mai 2020 während der Dienststunden nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Neuenkirchen, Zimmer 14, Alte Poststr. 5-7, 49586 Neuenkirchen, öffentlich aus.

Neuenkirchen, den 14.04.2020

Samtgemeinde Neuenkirchen
Die Samtgemeindebürgermeisterin
Hildegard Schwertmann-Nicolay

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

123

Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche vom 26.03.2020

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i.d.F. vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 11.09.2019 (Nds. GVBl. S. 258) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Ziffer 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), und § 34 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung – KomHKVO –) i.d.F. vom 18.04.2017 (Nds. GVBl. S. 130), hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 05. Dezember 2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Stundung

- (1) Stundung wird nur auf Antrag gewährt.
- (2) Forderungen dürfen ganz oder teilweise gestundet werden, wenn ihre Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und die Forderung durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Eine erhebliche Härte für den Schuldner ist dann anzunehmen, wenn
 - a) er sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder
 - b) im Falle der sofortigen Einziehung in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten geraten würde.
- (3) Stundung darf grundsätzlich nur unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gewährt werden. Bei Gewährung der Stundung ist eine Stundungsfrist festzulegen, die im Regelfall den Zeitraum von 4 Jahren nicht übersteigen soll.

- (4) Wird Stundung durch Einräumung von Teilzahlungen gewährt, ist in die entsprechende Vereinbarung eine Bestimmung aufzunehmen, dass bei Versäumung einer Teilzahlungsrate die Restforderung sofort in einer Summe fällig wird.
- (5) Gestundete Forderungen sind zu verzinsen. Die Zinsen sind von dem Tag an, an dem der Zinslauf beginnt, nur für volle Monate zu zahlen; angefangene Monate bleiben außer Ansatz. Für die Berechnung der Zinsen wird der zu verzinsende Betrag auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren Betrag abgerundet. Die Höhe des anzuwendenden Zinssatzes richtet sich nach dem in der Abgabenordnung (AO) festgesetzten Satz. Auf die Erhebung von Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.
- (6) Zinsen sind auf volle Euro zum Vorteil des Zahlungspflichtigen gerundet festzusetzen. Sie werden nur dann festgesetzt, wenn sie mindestens zehn Euro betragen.
- (7) Soweit es notwendig und zweckmäßig erscheint, ist Stundung nur gegen Sicherheitsleistung zu gewähren.

§ 2 Stundungskompetenz

- (1) Über Stundungsanträge entscheiden
 - a) der/die Bürgermeister/Bürgermeisterin
 - bei einer Laufzeit von einem Jahr in uneingeschränkter Höhe
 - darüber hinaus bei Beträgen bis zu 50.000,00 €
 - b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.
- (2) Jede Gewährung einer Stundung ist umgehend der Finanzbuchhaltung schriftlich mitzuteilen.

§ 3 Niederschlagung

- (1) Begriff:
Niederschlagung ist eine verwaltungsinterne Maßnahme, mit der befristet oder unbefristet von der Weiterverfolgung einer fälligen Forderung abgesehen wird, ohne auf die Forderung zu verzichten.

Niederschlagung bedarf keines Antrages des/der Schuldners/Schuldnerin.

Durch Niederschlagung erlischt die Forderung nicht; die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen. Eine Mitteilung an den/die Schuldner/Schuldnerin ist nicht erforderlich. Wird dennoch eine Mitteilung gegeben, ist darin das Recht vorzubehalten, die Forderung später erneut geltend zu machen.

- (2) Befristete Niederschlagung:
Von der Weiterverfolgung der Forderung ist – ggfls. auch ohne Vollstreckungshandlung – vorläufig abzusehen, wenn die Einziehung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des/der Schuldners/Schuldnerin oder aus anderen Gründen vorübergehend keinen Erfolg haben würde und eine Stundung nach § 1 nicht in Betracht kommt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des/der Schuldners/Schuldnerin sind in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen; die Verjährung ist in jedem Fall rechtzeitig zu unterbrechen.

(3) Unbefristete Niederschlagung:

Ist anzunehmen, dass die Einziehung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des/der Schuldners/Schuldnerin (z.B. mehrmalige fruchtlos gebliebene Vollstreckungen) oder aus anderen Gründen (z.B. Tod) dauernd ohne Erfolg bleiben würde, ist von einer weiteren Verfolgung der Forderung abzusehen.

Dasselbe gilt, wenn anzunehmen ist, dass die Kosten der Einziehung im Verhältnis zur Höhe der Forderung zu hoch sind. Zu den Kosten zählt neben den Ausgaben, die durch die Einziehung unmittelbar entstehen, auch der anteilige sonstige Verwaltungsaufwand.

§ 4

Niederschlagungskompetenz

Zur befristeten und unbefristeten Niederschlagung von Forderungen sind ermächtigt:

- a) der/die Bürgermeister/Bürgermeisterin bei Beträgen bis zu 10.000,00 €,
- b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.

§ 5

Erlass

- (1) Erlass ist ein Verzicht auf eine fällige Forderung. Durch Erlass erlischt die Forderung.
- (2) Erlass ist nur möglich, wenn eine Stundung nach § 1 nicht in Betracht kommt.
- (3) Forderungen der Stadt Bramsche können ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Gleiches gilt für Rückzahlung oder Anrechnung von bereits entrichteten Beträgen.
- (4) Unbilligkeit ist insbesondere anzunehmen, wenn
 - a) Der/die Schuldner/Schuldnerin sich in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung der Forderung zu einer Existenzgefährdung führen würde oder
 - b) der Kosten- und Verwaltungsaufwand der Einziehung im Missverhältnis zur Höhe der Forderung steht, es sei denn, dass wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles die Einziehung geboten ist.

§ 6

Erlasskompetenz

Zum Erlass von Forderungen sind ermächtigt:

- a) der/die Bürgermeister/Bürgermeisterin bei Beträgen bis 10.000,00 €,
- b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.

§ 7

Allgemeines

- (1) Die vorstehenden Regelungen gelten für öffentliche Ansprüche, die auf Gesetz, Verordnung oder Satzung beruhen und für privatrechtliche Ansprüche der Stadt Bramsche.

- (2) Die in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen getroffenen Regelungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen bleiben unberührt.

- (3) Über die niedergeschlagenen und erlassenen Beträge ist in der Finanzbuchhaltung eine Niederschlags- und Erlassliste zu führen.

§ 8

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.06.2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche vom 09.12.2004 außer Kraft.

Bramsche, 26.03.2020

Stadt Bramsche

(Siegel)

Pahlmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

124

Haushaltssatzung

der Stadt Dissen am Teutoburger Wald für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der § 112 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in der Sitzung am 02.03.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	19.053.200 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	21.689.900 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge	180.000 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendung auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.258.300 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.804.900 Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	53.000 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	426.200 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	373.200 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	696.100 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 18.684.500 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 20.927.200 Euro

§ 1a

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Erfolgsplan**
mit Erträgen in Höhe von 846.700 Euro
Aufwendungen in Höhe von 846.700 Euro
2. im **Vermögensplan**
mit Einnahmen in Höhe von 100.000 Euro
Ausgaben in Höhe von 100.000 Euro

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Erfolgsplan**
mit Erträgen in Höhe von 2.215.900 Euro
Aufwendungen in Höhe von 2.215.900 Euro
2. im **Vermögensplan**
mit Einnahmen in Höhe von 653.800 Euro
Ausgaben in Höhe von 653.800 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 373.200 Euro festgesetzt.

§ 2a

Im Vermögensplan der Stadtwerke Dissen aTW werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen des Abwasserbeseitigungsbetriebes Dissen aTW für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 196.800 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 320.000 Euro festgesetzt.

§ 3a

Verpflichtungsermächtigungen werden bei den Stadtwerke Dissen aTW nicht veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen werden beim Abwasserbeseitigungsbetrieb nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 5.500.000 Euro festgesetzt.

§ 4a

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse der Stadtwerke Dissen aTW in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100.000 Euro festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse des Abwasserbeseitigungsbetriebes Dissen aTW in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 300.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 380 v. H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v. H.
2. Gewerbesteuer 380 v. H.

§ 6

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Rahmen des Haushaltsplanes und der jeweiligen Kassenlage die Verwaltung zu führen. Hinsichtlich der Auftragsvergaben sind die Wertgrenzen der Hauptsatzung, der Richtlinie des Rates und der Ermächtigung des Verwaltungsausschusses in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

Dissen am Teutoburger Wald, den 15.04.2020

Eugen Görlitz
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach §§ 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 sowie § 130 des NKomVG erforderlichen Genehmigungen hat der Landkreis Osnabrück – Kommunalaufsicht – am 15.04.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 -2020/000001 Tsch erteilt.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 04.05.2020 bis einschließlich 14.05.2020 im Rathaus der Stadt Dissen aTW, Zimmer 1.12, Große Straße 33, 49201 Dissen aTW, zu den allgemeinen Öffnungszeiten nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Dissen am Teutoburger Wald, den 15.04.2020

125

**Haushaltssatzung
der Stadt Bad Iburg
für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) hat der Rat der Stadt Bad Iburg in der Sitzung am 27.02.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	19.867.300 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	20.181.300 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

Gesamtergebnis -314.000 €

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.887.200 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.376.000 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	277.500 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.593.900 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.316.400 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.137.800 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	21.481.100 €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	22.107.700 €

Der **Wirtschaftsplan des Wasserwerkes** für das Haushaltsjahr 2020 wird

im **Erfolgsplan**

mit Erträgen in Höhe von	1.262.483 €
mit Aufwendungen in Höhe von	1.262.483 €

im **Finanzplan**

mit Einnahmen in Höhe von	565.000 €
mit Auszahlungen in Höhe von	565.000 €

Der **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes** für das Haushaltsjahr 2020 wird

im **Erfolgsplan**

mit Erträgen in Höhe von	2.292.900 €
mit Aufwendungen in Höhe von	2.292.900 €

im **Finanzplan**

mit Einnahmen in Höhe von	756.200 €
mit Auszahlungen in Höhe von	756.200 €

§ 2

Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 2.316.400 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) für das Wasserwerk der Stadt Bad Iburg wird auf 322.967 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) für das Abwasserwerk der Stadt Bad Iburg wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 6.657.000 € festgesetzt.

§ 4

Liquiditätskredit

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 5.000.000 € festgesetzt.

§ 4 a

Liquiditätskredit

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse des Eigenbetriebes Abwasserwerkes in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse des Eigenbetriebes Wasserwerk in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

§ 5

Steuerhebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern sind durch eine besondere Hebesatzsatzung wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 360 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v.H.
2. Gewerbesteuer 380 v.H.

§ 6

Wertgrenzen

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 I Satz 1 KomHKVO wird auf 300.000 € festgelegt.

49186 Bad Iburg, 27.02.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Niermann

Bekanntmachung

2.1

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

2.2

Die nach §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 und nach 122 Abs. 2 sowie § 130 Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 06.04.2020 unter dem Aktenzeichen "11.3-Tsch" erteilt worden.

2.3

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 S. 3 NKomVG vom 04.05.2020 bis 12.05.2020 nach vorheriger Terminabsprache unter Tel.: 05403-404-43 zur Einsichtnahme im Rathaus, Zimmer 21, Am Gografenhof 4, 49186 Bad Iburg, aus.

49186 Bad Iburg, 17.04.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Niermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

126

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 65 „Bergfrieden“ der Gemeinde Ostercappeln

Der Rat der Gemeinde Ostercappeln hat in seiner Sitzung am 24. März 2020 den Bebauungsplan Nr. 65 „Bergfrieden“ gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des oben angegebenen Bebauungsplanes ist in der Planskizze, die Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 65 „Bergfrieden“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem umweltplanerischem Fachbeitrag inklusive des Artenschutzbeitrages, dem Fachbeitrag Artenschutz Fledermäuse, der Erfassung des Brutvogelbestandes, der schalltechnischen Beurteilung und der wasserwirtschaftlichen Vorplanung, gemäß § 10 Absatz 3 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 65 „Bergfrieden“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem umweltplanerischem Fachbeitrag inklusive des Artenschutzbeitrages, dem Fachbeitrag Artenschutz Fledermäuse, der Erfassung des Brutvogelbestandes, der schalltechnischen Beurteilung und der

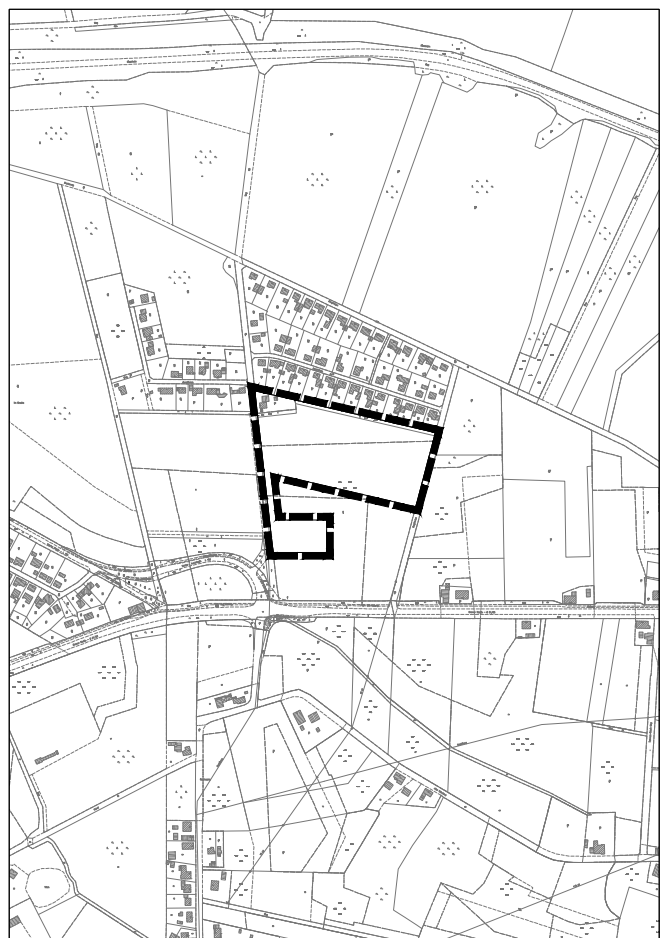
wasserwirtschaftlichen Vorplanung, liegt gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ab sofort im Rathaus der Gemeinde Ostercappeln, Zimmer 20, Gildebrede 1, 49179 Ostercappeln, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Absatz 1 BauGB eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Ostercappeln unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Ostercappeln, den 16. April 2020

Gemeinde Ostercappeln
Der Bürgermeister
Rainer Ellermann



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 8, 30. April 2020

Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.
Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück -
Druck und Verlag: B. Ad. Rieke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats.
Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.



Anlage - Übersichtskarte
zur Überschwemmungsgebietsverordnung "Hase vom Mittellandkanal
bis Quakenbrück" des Landkreises Osnabrück vom
09.03.2020 mit dem Aktenzeichen 7.67.30.40.15.01.03

Fachdienst Umwelt



Festsetzung des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes Hase vom
Mittellandkanal bis Quakenbrück (km 119-700)
bis zur Sohlengleite Schützenhof Quakenbrück (km 79-150)
im Landkreis Osnabrück

Legende
- - - Politische Grenzen
Neufestsetzung des Überschwemmungsgebietes
"Hase vom Mittellandkanal bis Quakenbrück"
Betrachtungsgrenzen

Gewässer 1. Ordnung
Die Darstellung der Gewässer dient nur zur Information

Kartengrundlage: DTK 50
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,
© 2019 LGLN
Maßstab 1:40.000

LANDKREIS OSNABRÜCK
Die Landrätin
gez. Anna Kebschull